

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 40 (1961)
Heft: 3

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Der Beginn des Monats März stand im Zeichen der beiden eidgenössischen Abstimmungen und verschiedener Wahlen in einzelnen Kantonen. Zunächst konnte sich die bürgerliche Ausschließlichkeitspolitik bei den *Ständeratswahlen im Kanton Schaffhausen* durchsetzen. Anstelle des ins Bundesgericht gewählten Dr. Kurt Schoch wurde der freisinnige Redaktor Dr. Bächtold mit 6914 Stimmen gewählt. Der gesamte Block der bürgerlichen Parteien unter Einschluß des «unabhängigen» Landesrings stand einmal mehr hinter dem Vorschlag des Freisinns, so daß die Sozialdemokratische Partei ganz allein im Wahlkampf stand. Bei dieser Lage ist das Resultat des sozialdemokratischen Kandidaten, Kantonsrat Werner Zaugg, mit 5825 Stimmen ein bemerkenswerter Achtungserfolg für den Genossen Zaugg und die Partei. Auch in Schaffhausen wird somit die stärkste Partei weiterhin von den Ständeratsmandaten ferngehalten, und die Sozialdemokratie bleibt in der Ständekammer nach wie vor mit ihrer Untervertretung ohne jeglichen Einfluß, was sich auf die schweizerische Politik nur ungünstig auswirken kann.

Die *Großratswahlen im Kanton Aargau* haben parteipolitisch keine großen Verschiebungen gebracht. Immerhin muß festgestellt werden, daß die Sozialdemokratie gegenüber den letzten Wahlen zwei Mandate und auch Stimmen verloren hat. Mit 64 Sitzen bleibt sie aber nach wie vor die stärkste Partei im neuen Großen Rat. Die Verluste sind um so bedauerlicher, als eine Verschiebung der Mandate innerhalb der einzelnen Bezirke zugunsten der industriereichen stattgefunden hatte. Sie finden aber ihre Erklärung im Auftreten von Splittergruppen, die stets eine gewisse Verwirrung innerhalb der Arbeiterschaft zu stiften wissen. So sind denn auch die Gruppe zur Abschaffung des Stimmzwanges und der Wettinger Gemeindeammann Dr. Sinner, der kurz vor den Wahlen wegen Amtsmißbrauchs bestraft wurde, die eigentlichen Gewinner.

Erfreulicher ist das Resultat bei den *Großratswahlen im Kanton Wallis*, bei denen es unseren Genossen gelungen ist, zwei Mandate zu gewinnen. Sie haben nun immerhin elf Sitze und müssen auch als Minderheit ernst genommen werden. Der Erfolg ist um so anerkennenswerter und erfreulicher, als der Kampf doch auf einem für unsere Ideen oft harten Boden geführt werden mußte. Wir gratulieren unseren Walliser Genossen aufrichtig zu ihrem Sieg.

Schließlich sind auch die *Gemeindewahlen im Kanton Thurgau* erfreulich verlaufen. So wurde Genosse Bauer als Stadtpräsident von Frauenfeld trotz perfider freisinniger Anfeindung ehrenvoll bestätigt. In Arbon und

Romanshorn haben die Sozialdemokraten Stimmengewinne zu verzeichnen, und in Ermatingen haben sie sogar nach heftig geführtem Wahlkampf erstmals den Sitz des Ortsvorstehers erobert.

Der *Verfassungsartikel über die Rohrleitungsanlagen* ist mit 642 456 Ja gegen 256 237 Nein angenommen worden. Angesichts der Tatsache, daß keine Opposition gegen diese Vorlage angemeldet worden war und auch keine sachlichen Argumente gegen die Kompetenzen des Bundes zur Gesetzgebung auf diesem Gebiet ins Feld geführt werden können, stimmt das Kontingent der Neinstimmen trotzdem nachdenklich. Man muß sich fragen, ob die Zahl der chronischen Neinsager bereits so groß ist oder ob die Opposition gegen den Treibstoffzollzuschlag etwas abgefärbt hat. Bedauerlich ist im Zusammenhang mit dieser Frage der Pipelines aber vor allem der Umstand, daß gewisse Kantone in der Ostschweiz noch schnell vor Schaffung der Bundesregelung ausländischen Gesellschaften Bewilligungen erteilen wollen. Über die nachteiligen Folgen wird man sich in den kommenden Jahren dann wohl noch eingehend unterhalten können.

Höchst bedauerlich ist der Ausgang der Abstimmung über die *Erhöhung des Treibstoffzollzuschlages*, bei der nicht die Verantwortung, sondern der Appell an den Egoismus verfangen hat. Man hat offenbar sogar einzelne Fußgänger überzeugen können, daß sie bei ihren Ausfahrten mit Autocars in Zukunft mehr bezahlen müßten. Der Bau der Nationalstraßen ist nach wie vor von großer Bedeutung und Wichtigkeit. Man wird eine neue Vorlage ausarbeiten müssen, die eine elastischere Lösung bringt, wie sie schon von Anfang an durch den Genossen Max Weber aufgezeigt worden ist. Man wird sich aber auch fragen müssen, ob im Hinblick auf den schlechten Willen der Automobilisten nicht der Umfang des Programms reduziert werden sollte.

Seit einiger Zeit wird auf Grund der Zahlen der letzten Volkszählung über die *künftige Wahlart des Nationalrates* diskutiert. Der Bundesrat hat bei den Kantsregierungen diesbezüglich eine Umfrage veranstaltet, die zu recht interessanten Ergebnissen geführt hat. Wir müssen uns jedenfalls gegen jede Lösung wenden, bei der durch Bevorzugung der kleinen Kantone auch in den Nationalrat ständeräliche Prinzipien einzubauen versucht werden. Der Bundesrat hat bei seinem Auftrag an die Bundeskanzlei, eine Vorlage unter Festlegung einer Wahlziffer und deren automatische Anpassung an die Zunahme der Wohnbevölkerung vorzubereiten, diesen Tendenzen, die von 13 Kantonen verlangt wurden, nicht nachgegeben. *Arthur Schmid*

Außenpolitik

Der Anfang der Berichtsperiode stand noch immer unter den Eindrücken der Amtsübergabe in *Washington*. Präsident *Kennedy* hat es verstanden, seinen Vorgänger in höflicher Form zu verabschieden. Was er nachher ausgeführt hat in seiner eigenen State-of-the-Union-Botschaft und was er seither

an zielbewußtem und beherrschtem Handeln gezeigt hat, das war ein Fußtritt an Eisenhower, wie er höflicher und kräftiger kaum denkbar ist. Amerika hat heute wieder eine Führung. An der Spitze der größten westlichen Macht stehen jetzt Männer, die ihre Aufgaben lösen wollen, statt ihnen auszuweichen. Weg ist der Glaube, es genüge, einige Männer der Privatindustrie zu beschäftigen, dann stehe alles zum Besten. Im Gegenteil, die kurze Zeit des Wirkens Kennedys und seiner Männer deutet an, was Amerika mit den zwei Präsidialzeiten Eisenhowers verloren und verpaßt hat.

Zwar hat Amerika einen Affen in den *Weltraum* entsandt und glücklich wieder zur Erde gebracht. Es hat damit gezeigt, daß es nicht hoffnungslos im Hintertreffen ist. Rußland hat aber rasch wieder seinen Vorsprung bestätigt mit dem Abschuß einer Rakete nach dem Planeten Venus. Es hat dabei eine Rakete von einer Größe abgeschossen, wie sie Amerika noch nicht kennt. Die eigentliche Raumstation, die nach der Venus fliegt, ist nämlich erst im Weltraum draußen aus der ersten Rakete heraus abgeschossen worden.

Amerika hat es nötig, daß seine Probleme gemeistert werden. Eine *Arbeitslosigkeit*, die größer ist, als bisher zugegeben wurde, lähmt das Wirtschaftsleben der USA. Kennedys Team will aber dieses Problem endlich anpacken. Welchen Kredit er hat, mag der Umstand bezeugen, daß ein großer Streik in Neuyork sogleich durch den Arbeitsminister, einen früheren Rechtsberater der Gewerkschaften, hat vermieden werden können. Die Gipser haben sogar neulich auf eine angebotene Lohnerhöhung verzichtet, weil sie Kennedy in seinem Kampf gegen die Inflation behilflich sein wollen. Kennedy versteht es jedenfalls, die Nation zu mobilisieren und Vertrauen zu schaffen. Einen Monat nach der Wahl hieß es, Kennedy müsse immer, wenn er zwei Amerikaner sehe, denken, einer von ihnen sei gegen ihn. Einen Monat nach der Amtseinsitzung weiß man, daß heute Nixon überhaupt keine Chancen mehr hätte. Sympathisch mag auch vermerkt werden, daß Kennedy einen Neger ins Kabinett aufgenommen hat und daß ein weiterer Neger als Unterstaatssekretär amtet. Auch eine Frau hat erstmals Ministerrang erhalten. Gute Omen!

Auch *Brasilien* hat einen neuen ersten Mann. Präsident *Quadros* hat nicht nur eine mächtige Inflation zu bekämpfen, die ihm sein Vorgänger hinterlassen hat, er stand schon am ersten Tag vor einem kniffligen Problem. Was kein Mensch im 20. Jahrhundert mehr für möglich gehalten hat, ist plötzlich dagewesen: der Alarmruf «*Seeräuber*» gellte durch die Weltpresse. Bei näherem Zusehen sah es dann ein wenig anders aus, und die Völkerrechtler zerbrachen ihre Köpfe über den Knacknüssen, die ihnen die Aktion des portugiesischen Kaufmanns Galvao bot. Dieser hat mit einigen Verschworenen das Schiff «*Santa Maria*» auf hoher See gekapert, die widerstrebenden Leute an Land gesetzt und für zwei Wochen eine Kreuzfahrt durch die

Karibischen Gewässer nach Recife vollbracht, die in allen Schlagzeilen festgehalten wurde. Unmittelbar nach der Amtseinführung des neuen Präsidenten in Brasilien landete er dann, erhielt freies Asyl und traf sich mit General Delgado, dem emigrierten Haupt der portugiesischen Opposition. Die «Santa Maria» wurde an Portugal zurückgegeben, kann also nicht länger die Rolle des «einzigen Stücks befreiten portugiesischen Bodens» spielen. Immerhin hat kurz darauf ein zwar erfolgloser, aber doch kräftiger Putsch in der portugiesischen Kolonie *Angola* bewiesen, daß die Tage der Diktatur *Salazars* schließlich einmal gezählt sein werden. Besser als lange Resolutionen und Kundgebungen anderer Art hat das «Piratenstück» Galvaos die Weltöffentlichkeit auf die Zustände unter dem Regime des Doyens der Diktatoren Europas hingewiesen. Mit bemerkenswerter Vorsicht haben übrigens Kennedy und Macmillan auf die Affäre der «Santa Maria» reagiert. Die Sympathien der Völker Südamerikas dürfen nicht leichtfertig verscherzt werden!

Dramatisch ging es auch im *Kongo* zu. Der *Auslieferung Lumumbas* an Katanga folgte vorerst die Mißhandlung im Flugzeug, dann der eigentliche *Mord*, für den Tschombe wohl oder übel die Verantwortung übernehmen muß. Dabei wurde Lumumba in dem Augenblick umgebracht, als die neue amerikanische Regierung seine Wiederinstallierung in der Kongo-Politik vorantreiben wollte. Es kamen afrikanische Sitten zur Geltung. Mit Lumumba selber muß man kein großes Bedauern haben, er hätte seinen Gegnern nicht anders mitgespielt, wenn er es nur vermocht hätte. Er droht nun aber zur legendären Figur zu werden, zum Märtyrer des afrikanischen Nationalismus. Das paßt den Amerikanern nicht ins Konzept. Sie möchten mit den natürlichen Führungsschichten in Afrika ins Einvernehmen kommen und diese Kreise nicht abstoßen.

Bereits hat der Osten reichlich Kapital geschlagen aus dem unüberlegten Mord. Sorin hat in der *UNO* eine wütende *Anklagerede* gegen – *Hammar-skjöld* gehalten und diesem die Verantwortung für das Verbrechen an Lumumba aufgehalst. Als ob nicht gerade der UNO-Generalsekretär wie kein zweiter gegen Tschombe aufgetreten ist!

Mit der Offensive gegen Hammarskjöld hat *Chruschtschew* die Liebeswerbungen um Kennedy brüsk abgebrochen. Es riecht wieder bedenklich nach Kaltem Krieg. Wenn jetzt auch eine Reihe afrikanischer Staaten gleich wie Moskau die Regierung Gizenga in Stanleyville anerkennt, dürfte es aber kaum zu einer Amtsentsetzung des derzeitigen Generalsekretärs reichen. Rußland verfolgt das Ziel, die einzige bis jetzt sicher funktionierende Behörde der *UNO*, das *Generalsekretariat*, durch eine Dreierbehörde zu ersetzen und effektiv lahmzulegen. Die Russen wissen, daß ihnen im Moment eine von der ganzen Welt anerkannte Ordnungsmacht nichts nützt. In Afrika ist das Eisen jetzt heiß, es muß rasch geschmiedet werden, wenn noch Sichel und Hammer daraus werden sollen.

Unerfreulich ist die *Haßkampagne* gegen *Belgien*, die von den *Russen* im Gefolge der Ermordung Lumumbas vom Zaun gebrochen worden ist. Die Belgier sind gewiß alles andere als Engel, ihre Kolonialisten sind eine ganz üble Sippschaft. Aber irgendwie wirkt es feige, wenn der ganze Osten inklusive die arabischen Staaten Überfälle auf die Botschaften eines Kleinstaates inszenieren, als ob im Osten das Volk frei seine Empörung ausdrücken dürfte, wenn es das möchte.

Daß die herrschende Schicht in *Belgien* die Zeichen der Zeit nicht versteht, hat sie in der Kongofrage nachdrücklich bewiesen. Der *Streik*, der im Berichtsmonat abgebrochen worden ist, hat augenfällig bewiesen, daß in Belgien sozial erschreckende Verhältnisse vorhanden sind und daß das regierende Bürgertum die Arbeiterschaft in einer Art und Weise verachtet, wie es im Europa des 20. Jahrhunderts nicht mehr möglich sein sollte. Die Regierung Eyskens zählt zu den stursten und dümmsten Regierungen, die es gegenwärtig noch gibt. Sie versucht, ihre parlamentarische Mehrheit rücksichtslos einzusetzen. Sie hat das Einheitsgesetz durchgebracht und damit die Sanierung nach dem Ausbleiben des Goldstromes aus dem Kongo weitgehend auf die Arbeiterportemonnaies abgewälzt. Erst das Ausscheiden der Liberalen kurz vor den Wahlen hat jetzt eine Krise ausgelöst, die wohl bis zu den Neuwahlen schwären wird.

Auch im *Südtirol* dokumentiert sich eine Herrschaftsgesinnung, wie sie mediterranner Einsichtslosigkeit entspricht. Die Italiener vermögen nicht zu erkennen, daß ihre Majorisierung der Südtiroler im Alto Adige keine gescheite Politik ist. Wenn sie sich aufregen, weil die Südtiroler ein Denkmal gesprengt haben, so seien sie doch daran erinnert, daß dieses Denkmal von Mussolini gesetzt worden ist. Daß die jetzige Regierung nicht anders zu denken vermag als in den Denkbahnen des Faschismus, ist bedauerlich und muß registriert werden. Mögen die Österreicher, voran Außenminister Kreisky, nicht müde werden, für vernünftigere Lösungen zu kämpfen.

Dagegen scheint sich in *Frankreich* die Vernunft durchzusetzen. *De Gaulle* hat den tunesischen Präsidenten *Bourguiba* zu sich eingeladen. Es sollen die Fäden zur algerischen Exilregierung geknüpft werden. Das bedeutet noch keineswegs Friede in Algerien, ist aber ein wichtiger Schritt dazu.

Adenauer seinerseits versucht, mit *Polen* ins Einvernehmen zu kommen. Als sein Emissär ist der Generaldirektor der Krupp-Werke, Berthold Beitz, eingesetzt worden.

Aus Deutschland und Österreich wird jetzt eine Reihe von *Verhaftungen ehemaliger SS-Bestien* gemeldet. Sicher gehen diese Dinge auf Aussagen von Adolf Eichmann zurück, der in Israel seiner Verurteilung entgegensieht. *Israel* selber ist jetzt gerade von einer Regierungskrise befallen worden. Ben Gurion will die berechtigte Rehabilitierung seines Gegenspielers in der eigenen Partei, Pinchas Lavon, nicht zulassen. Eine unangenehme Krise. Ein

Staatswesen, das wie kein zweites vom Idealismus getragen ist und das die Opfer nötig hat, die nur aus Idealismus erbracht werden können, hat bei persönlichen Rankünen nichts zu gewinnen, jedoch sehr viel zu verlieren.

Während sich *Europa einigt* und die EFTA soeben eine Beschleunigung des Zollabbaues in die Wege leitet, hat die EWG unter einigen Schwierigkeiten zu leiden; Holland will sich nicht alles und jedes durch Frankreich und Bonn diktieren lassen. Es macht sich zum Sprecher der Kleinen, die in der EWG wenig oder nichts zu bestellen haben. Mag diese Warnung dazu führen, daß man sich in Paris und Bonn etwas mäßigt. Dann stünde nämlich dem Brückenschlag zwischen EWG und EFTA viel weniger im Wege.

Der *Osten* hat den Präsidentenwechsel in Amerika benutzt, um mit seiner *Landwirtschaftskrise* einigermaßen fertig zu werden. Neue Beschlüsse sind gefaßt worden. Ob sie mehr taugen als die früheren? In der Landwirtschaft kommt es auf das Säen und Ernten und nicht auf Konferenzen und Machtkämpfe an.

Rußland hat sich gegenüber *China* bemerkenswert reserviert verhalten. Während China hungert, haben die Russen mit keiner einzigen Tonne Getreide ausgeholfen. Es läßt China buchstäblich «im eigenen Saft» der Volkskommunen schmoren und tendiert offensichtlich auf eine Bremsung der chinesischen Industrialisierung. Vielleicht nicht zuletzt in unserem Interesse! In Polen sagt man ja, die Optimisten lernten Russisch, die Pessimisten Chinesisch.

Max Schärer

Blick in die Zeitschriften

Am 22. Januar erhielt *Philip Noel-Baker*, englischer Labour-Politiker, Nobelpreisträger und internationale Autorität für das Abrüstungsproblem, in München den Albert-Schweizer-Preis. Bei diesem Anlaß hielt der Schriftsteller Dr. *Robert Jungk* einen Vortrag, der unter dem Titel «Über den Mut in unserer Zeit» in Nr. 159 der in München erscheinenden Monatszeitschrift *«Die Kultur»* veröffentlicht wurde. Wir möchten hier die wichtigsten Abschnitte dieser grundsätzlich bedeutsamen und zugleich aktuellen Betrachtungen Robert Jungks wiedergeben:

«In diesem Zeitalter der großen Umwälzungen sind selbst die menschlichen Tugenden manch ungewöhnlicher und unerwarteter Wandlung unterworfen. Was jahrtausendelang des Lobes wert schien, erweist sich nun oft als bedenklich, gefährlich, ja geradezu als Untugend. So kann in unseren Tagen strengstes Pflichtbewußtsein zur Beihilfe am Massenmord werden, Gehorsam zur Mitschuld am unausdenkbar Schrecklichen, während anderseits der Saboteur, ja der Verräter in extremis zum letzten Verteidiger der Menschlichkeit werden mag.